

Die Regierung Nixon

I

Am 20. Januar hat *Richard Nixon* das mächtigste Amt des mächtigsten Staates der Welt angetreten. Selten wohl war sich die Allgemeinheit so sehr im Ungewissen über die Politik, die von dem Inhaber dieser außerordentlichen Machtposition zu erwarten sei. Gewiß, selbst einem mächtigen Mann, einem mächtigen Staat sind verhältnismäßig enge Handlungsgrenzen gesetzt; die objektiven Kräfteverhältnisse, national und international, bestimmen den Spielraum jeglicher Politik. Die verfassungsmäßige Teilung der Gewalten in den USA zwingt überdies jeden Präsidenten zur Rücksicht auf den Kongreß, um so mehr, wenn dessen Mehrheit, wie jetzt, bei der Gegenpartei liegt. Andererseits bezieht der amerikanische Präsident einen guten Teil seiner Macht aus dem Umstand, daß er nur für sein Budget und seine Gesetzgebung, nicht aber für seine Amtsausübung einer parlamentarischen Mehrheit unterworfen ist, und daß sein Kabinett, sobald dessen Mitglieder vom Senat bestätigt sind, nur ihm persönlich verantwortlich ist. Darüber hinaus verleiht ihm die Statur des Amtes, zusammen mit den Mitteln der modernen Massenmedien, außerordentliche Möglichkeiten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, begrenzt nur durch die relative Unabhängigkeit von Presse und Rundfunk. So kommt es, daß sich die spezifische Persönlichkeit nicht nur auf das Was, sondern auch auf das Wie der Politik auswirkt; daß er weitgehend den Ton setzt für den Stil des gesell-

schaftlichen Lebens. In diesem Sinn spricht man mit Recht von einer *Ära Eisenhower, Kennedy* oder *Johnson* — jede mit ihrer besonderen Prägung, ihrem Akzent auf jeweils verschiedenen Aspekten des sozialen Lebens. Qualität und Perspektiven des Lebens werden für den einzelnen wie für soziale Gruppen durch solche mehr ästhetischen Bedingungen ebenso beeinflusst wie von massiveren Gegebenheiten wie z. B. Einkommensverteilung. Nixon's Stil: kalt, klug, kalkulierend und kompetent.

Die amerikanische Geschichte gibt uns einige weitere Anhaltspunkte. Seit Ende des 19. Jahrhunderts, also seitdem sich das Land in eine moderne Industriegesellschaft verwandelt hat, gingen alle wesentlichen sozialen Reformen jeweils von demokratischen Präsidenten aus, um dann unter republikanischen Regierungen verdaut, korrigiert und konsolidiert zu werden. Nichts deutet darauf hin, daß Nixon's Administration vom historischen Beispiel abweichen würde. Selbst wenn sich Nixon von seiner eigenen politischen Vergangenheit lösen könnte, deren Rechtsorientiertheit vielleicht ebensosehr von Opportunismus wie von Überzeugung bestimmt war, selbst wenn das der Fall wäre, zwänge ihn die Bindung an seine Partei zu einer konservativen Politik. Noch mehr als seine Wahlkampagne beschränkte sich seine Antrittsrede vom 20. Januar auf Allgemeinheiten. Aber es ist kennzeichnend, daß er keine neuen Programme verspricht, keinen Vorstoß auf neues Terrain. Was er zum Negerproblem sagt, gilt mehr oder weniger für alle sozialen Probleme: „Die Gesetze haben mit unserem Gewissen aufgeholt. Was nun zu tun bleibt, ist, dem Inhalt der Gesetze Leben zu geben.“ Die sozialen Aufgaben, von denen er spricht — Vollbeschäftigung, bessere Behausung, Erziehung; Erneuerung der Städte und ländlichen Bezirke; Schutz der natürlichen Umgebung vor Zivilisationschäden — alles Aufgaben, die von den demokratischen Präsidenten von *Roosevelt* bis *Johnson* gegen jeweiligen Widerstand der Republikaner in Angriff genommen wurden. Nun gehören sie, in Nixon's Worten, zum „vorhandenen Grund, auf dem aufzubauen unsere Aufgabe ist“.

Das Versprechen, „mein Amt, meine Energien und meine ganze Weisheit der Sache des Friedens zu widmen“, klang vielleicht um so aufrichtiger, als es mit dem Versprechen verbunden war, die Vereinigten Staaten militärisch „solange wie nötig so stark wie nötig“ zu halten. Allzu gern hätte man gerade auf diesem Gebiet Andeutungen neuer Gedanken, auch nur neue Worte gehört.

II

.Dieses Sichbewegen in den alten Kategorien bestätigt sich noch mehr in der Wahl seiner Mitarbeiter. Diese durften bisher keine programmatischen Erklärungen abgeben; aber ihre Denkungart ist aus ihrem „*background*“ und ihren Antworten vor den Senatskomitees ziemlich gut abzusehen. Die Männer, die Nixon in einer etwas merkwürdigen Fernsehshow dem Publikum als seine künftigen Kabinettsmitglieder vorstellte, machten als Gruppe den Eindruck kompetenter Manager, ohne tiefere Einsichten oder höhere Interessen. Der Gesamteindruck: Männer in den Fünfzigern, wohlhabend, farblos-konservativ, Typ des modernen *Corporation executive*. Kein Neger unter ihnen, kein Jude, keine Frau; ein einziger Universitätsprofessor, und dieser der Präsident einer Handelshochschule. Die Mehrzahl aus dem Mittelwesten. Wieviel Verständnis wird eine provinzielle Sicht für die Probleme des Atomzeitalters, der brodelnden Jugend, der Negerrevolte und der Großstadtmisere aufbringen?

Das wichtige Amt des *Secretary of State* (Außenminister) ging an *William Rogers*, einen tüchtigen New Yorker Anwalt großer Firmen, ohne Schulung in der Außenpolitik, aber sicher ein geschickter und intelligenter Verhandlungsleiter. Wie er sind die meisten keine Fachleute, sondern das typische Produkt der modernen Großfirma: allge-

mein-organisatorisch geschult, auf den Kommandohöhen verschiedenster Art zu Hause. Unter ihnen fallen auf den ersten Blick auf: negativ der Verteidigungsminister *Melvin Laird* und der Justizminister *John Mitchell*; positiv der Gesundheits- und Erziehungsminister *Robert Finch*, mit 41 das jüngste Kabinettsmitglied, und der Arbeitsminister *George Schultz*. Laird, ein reaktionärer Abgeordneter aus Wisconsin, führendes republikanisches Mitglied des Militärausschusses, der sich erst neuerdings etwas von seiner primitiven antikommunistischen Haltung gelöst hat, wird sich schwerlich wie seine Vorgänger *McNamara* und *Clifford* den weitgehenden Forderungen der Militärs und ihrem Einfluß auf die Außenpolitik widersetzen. Mitchell, ein Anwaltspartner von Nixon, Spezialist auf dem lukrativen Gebiet der Plazierung von Kommunalanleihen, hat seine Abkehr von der liberalen Praxis seiner Vorgänger bereits durch die Auslese seiner Unterstaatssekretäre und durch seine Erklärungen im Senat klargemacht (ein Beispiel: der Mann, dem die Durchführung der Antitrustgesetze untersteht, hat bisher die großen Konzerne gegen die Anwendung dieser Gesetze verteidigt).

Robert Finch, Vizegouverneur von Kalifornien, erfolgreicher junger Politiker und Manager von Nixon's Wahlkampagne, bringt offenbar für seinen Posten als Gesundheits- und Erziehungsminister echtes Interesse für den Ausbau der auf diesem Gebiet besonders zahlreichen Reformen der Johnson-Periode mit. George Schultz, Präsident der Handelshochschule an der Northwestern Universität bei Chicago, hat sich in einer ausgedehnten Tätigkeit als Schiedsrichter in Arbeitskonflikten das Vertrauen weiterer Gewerkschaftskreise erworben.

Einflußreicher als manche Kabinettsmitglieder sind u. U. die persönlichen Berater im Weißen Haus. Die wichtigsten unter diesen sind wohl *Henry Kissinger*, als Junge mit seinen Eltern aus Fürth emigriert, Harvardprofessor und bekannter Atomstratege, der sich von einer ursprünglich „harten“ Linie zu einem gemäßigten Kritiker der Vietnampolitik entwickelt hatte; *Arthur Bums*, der aus Österreich stammende Nationalökonom, unter Eisenhower Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats, ein liberaler Konservativer, der — die Kompetenzen sind nicht ganz klar — Nixon in der wirtschaftlichen Gesamtstrategie beraten soll. Schließlich das liberale Enfant terrible der Nixon-Familie, der junge Soziologe *Daniel Patrick Moynihan*. Dieser rundköpfige, redselige Ire ist der Sonderberater für Sozialfragen und Großstadtprobleme. In seiner Jugend und Urwüchsigkeit sticht er vom wohlbedachten Schliff der anderen Herren ab wie Eulenspiegel von den biedereren Bürgern. Ein origineller Quergänger, stieß er als Fachmann in Johnson's Arbeitsministerium die Neger vor den Kopf, als er in einer berühmt gewordenen internen Denkschrift ihre schwierige Situation weitgehend zurückführte auf die Unstabilität der Negerfamilie und die prekäre Position des Mannes in ihr. Später verdarb er es mit vielen Liberalen, als er sie zur Zusammenarbeit mit gewissen Konservativen aufforderte, um die Zerrissenheit der amerikanischen Gesellschaft zu steuern. Es bleibt abzuwarten, wie lange seine persönliche Koalition mit der neo-konservativen Regierung halten wird.

III

Gestützt auf diese verschiedenen Anhaltspunkte, wird es nun vielleicht möglich, die voraussichtliche Politik Nixon's genauer zu umreißen. Außenpolitisch wird er zweifellos die von Johnson angebahnte Liquidierung des Vietnam-Engagements in irgendeiner Form zu Ende führen. Dabei kann er wohl auf die indirekte Mitarbeit Rußlands rechnen, dem sogar eine begrenzte amerikanische Besatzungsarmee auf ein paar Jahre durchaus akzeptabel erscheinen mag. Unbelastet durch direkte Verantwortung für die massive militärische Intervention, hat Nixon mehr Bewegungsfreiheit als Johnson in der Ausarbeitung einer Kompromißlösung. Diese Bewegungsfreiheit erscheint noch erhöht durch die kaum verhüllten Annäherungsversuche, die seine Amtsübernahme sowohl

von russischer wie von chinesischer Seite begleitet. China hat man zwar einstweilen in der Antrittserklärung vor den Kopf gestoßen, aber mit den Russen ist man bereit, auf der Basis einer Verkoppelung der wichtigsten ausstehenden Probleme zu verhandeln. Im Januar trafen sich hohe russische und amerikanische Vertreter privat in der Nähe New Yorks zu Gesprächen, in deren Verlauf die Russen offenbar zu erkennen gaben, daß sie eine Rückendeckung in Europa (einschließlich einer permanenten Teilung Deutschlands) mit einem Rückzug aus dem Nahen Osten und einer Beendigung des Wettrennens in der Missile-Rüstung auszugleichen bereit wären. Für die Vereinigten Staaten ist der israelisch-arabische Konflikt gerade wegen der in ihm ausgedrückten russischen Ambitionen ein Grund großer Besorgnis. Aus Südamerika haben sich die Russen ja seit 1962 zurückgezogen, Ob die soziale Gärung dort dieses Gentlemen-Agreement auf die Dauer respektieren wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hielt Nixon es für unnötig, den südamerikanischen Kontinent in seiner Regierungserklärung auch nur zu erwähnen. Man kann wohl damit rechnen, daß die noch verbliebenen Reste des sozialen Experiments der *Allianza para el Progreso* stillschweigend liquidiert werden.

Mit der Liquidierung des Vietnamkriegs wird Nixon auch wieder neue Handlungsfreiheit in den Verhandlungen über die Abrüstung gewinnen. Wie weit er davon Gebrauch machen kann, wird wesentlich davon abhängen, ob er der Versuchung eines neuen Rüstungswettrennens widerstehen können wird, auf das die Militärs drängen. Seine eigenen Äußerungen sowie die Ernennung Laird's zum Verteidigungsminister, müssen skeptisch machen. Andererseits scheint Kissinger realistischere Perspektiven zu haben. Eine Nichtausnützung etwa auftauchender Möglichkeiten würde den Fortbestand der jetzigen ökonomischen, moralischen und seelischen Belastung bedeuten, und damit einhergehend die Einschränkung der Handlungsfreiheit in bezug auf die brennenden innen- und außenpolitischen Probleme.

IV

In der Wirtschaftspolitik ist zweifellos mit deflationären Maßnahmen zu rechnen. Die inflationären Tendenzen brachten 1968 eine fast fünfprozentige Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Man rechnet damit, daß die fiskalischen und monetären Maßnahmen die Inflation im Jahre 1969 in engeren Grenzen (etwa 3 vH) halten können. Die Frage ist lediglich, wie hart man die Konjunkturbremse anziehen wird. Der konservative Budgetdirektor *Robert Mayo* hat alle Regierungsämter aufgefordert, das noch von Präsident Johnson unterbreitete Budget für 1969/70 einer scharfen Revision zu unterziehen und alle nicht unbedingt nötigen Programme einzuschränken. Das Resultat wird wohl mehr symbolisch als substantiell sein. Der liberalere Wirtschaftsrat unter Professor *McCracken* tritt für eine vorsichtigeren Konjunkturpolitik ein, um eine Rezession wie unter Eisenhower zu verhüten. Alle Prognosen stimmen darin überein, daß das Gesamtnationalprodukt in diesem Jahr nur um etwa 5 bis 6 vH steigen wird, nach Abzug der Preissteigerungen nur etwa um 2 vH. Da der Sektor der Dienstleistungen gegen einen Konjunkturrückgang immun zu sein pflegt, würde das eine Senkung der Industrieproduktion um mindestens 10 vH bedeuten. Sicher ist zunächst, daß die Ausgaben für Kapitalanlagen eingeschränkt und die Lagervorräte abgebaut werden. Die Kreditpolitik der *Federal Reserve Bank* ist eine vorsichtig-einschränkende und die Zinsschraube ist erst kürzlich wieder leicht angezogen worden. Der zehnpromtente Sonderaufschlag auf die Einkommensteuer wird zweifellos über den Ablauftermin hinaus verlängert werden.¹⁾

Im übrigen sind freilich für die moderne Industriegesellschaft eine zu weitgehende Einschränkung der Konjunktur und die damit verbundenen sozialen Folgen nicht länger

1) Zu den Nebengewinnen der Geschäftswelt aus dieser Wahl wird gehören, daß sie wohl eine Weile - von den Nadelstichen der Antitrustgesetze, Konsumentenschutz, Steuerreform und dergleichen verschont bleibt und für Forderungen nach Importbeschränkungen mehr Verständnis finden wird.

tragbar, und man wird deshalb die Deflation (und die Arbeitslosigkeit) in Grenzen zu halten suchen. Ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit um 1 vH (oder etwa 700 000) wird als das akzeptable Maximum betrachtet. Nun verbirgt aber die gegenwärtige niedrige Rate von 3,6 vH in Wirklichkeit einen akuten Mangel an Facharbeitern und Angestellten, und eine doppelt so hohe Arbeitslosenrate unter den Negern (sechsmal so hoch unter jugendlichen Negern). Jedes Anschwellen der Arbeitslosigkeit wirkt sich unter diesen Umständen weit stärker auf die Neger aus, deren Arbeitsplätze am meisten gefährdet sind (mindestens 3 vH für je 1 vH Steigerung der Gesamtarbeitslosigkeit). Nixon, der nicht mehr als ein Zehntel der Negerstimmen erhielt, mag das Schicksal der Neger nicht so am Herzen liegen wie seinen beiden Vorgängern. Er ist sich aber, wie seine Antrittsrede zeigte, des explosiven Charakters der Situation sehr wohl bewußt. Die Skepsis, mit der ihm die Neger begegnen, wird ihm ironischerweise zunächst wohl eine ruhige Atmosphäre garantieren. Eine wesentliche Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage durch erhöhte Arbeitslosigkeit würde aber zweifellos von den Negern nicht tatenlos hingenommen werden und könnte zu Ausbrüchen führen, denen gegenüber die von 1967 harmlose Zwischenfälle wären.

Nach der gesetzlichen Verankerung der politischen und rechtlichen Gleichstellung zielen die Maßnahmen der Johnson-Regierung zum Negerproblem nicht zuletzt darauf ab, die aktiveren Elemente in die verschiedenen Organisationen zur Armutsbekämpfung heranzuziehen. Indem sie diesen Aktivisten eine (auch materiell nicht zu verachtende) Position gab, hoffte diese Politik, in ihnen allmählich Interesse an der Gesamtgesellschaft zu wecken und sie in diese zu integrieren. Der Trend zum schwarzen Separatismus erwies sich aber als zu stark und führte eher umgekehrt zum Versuch, die gewonnenen Positionen für eigene Zwecke auszunützen. Die integralistischen Negerführer (*Roy Wilkins, Bayard Rustin*) wehren sich vergeblich gegen diesen rassistisch-nationalistischen Separatismus. Er hat das Ohr der Massenmedien und breitet sich seit der Ermordung *Martin Luther King's* mehr und mehr auf allen Gebieten aus: Wirtschaft, Erziehung, Theater, Kunst usw. Er trifft sich und verständigt sich mit den Tendenzen vieler Weißer, die aus den verschiedensten Gründen heraus lieber den Ausbau eines autonomen (und naturgemäß schwachen) Negersektors sehen als eine echte Eingliederung mit ihrer ganzen Problematik. Weite Kreise des Großkapitals (zusammengefaßt in der *Urban Coalition*) sind bereit, einen wirtschaftlichen Separatismus anfänglich zu finanzieren und an dem Aufbau dessen zu arbeiten, was Nixon unter dem Schlagwort vom Schwarzen Kapitalismus propagiert. Diese Bestrebungen finden starke Gegenliebe bei den radikalen Negerführern; sie schalteten sich und ihre Organisationen mit viel Geräusch in die ersten Projekte ein (einschließlich einer Filiale einer Börsenmakler-Firma). Der Nutzen solcher Projekte liegt allenfalls in der Herausbildung einer Managerschicht unter den Negern, die bisher fast nur auf dem Weg über die staatliche Bürokratie entstehen konnte. Im übrigen kann die Ausrichtung auf einen so prekären Markt, wie ihn ein kapitalschwacher, nationalistisch beschränkter, aber durch keine Zollgrenzen geschützter Negersektor innerhalb der amerikanischen Wirtschaft darstellt, nur von einer echten Dauerlösung ablenken. Auch die von Nixon geplante Politik der Steuererleichterungen für die Beschäftigung arbeitsloser Neger ist de facto eine Subvention der Industrie und die teuerste Form der Arbeitsbeschaffung. Bei guter Konjunktur und Mangel an Arbeitskräften ist die Geschäftswelt auch ohne solche Vergünstigungen an der Heranziehung dieses Reservoirs interessiert.

Für die Ausrichtung der Nixon'schen Sozialpolitik im allgemeinen ist die Heranziehung David Moynihan's bisher der einzige Fingerzeig. Der Bankrott der Großstädte und die begrenzten Mittel der Einzelstaaten zwingen die Bundesregierung mehr und mehr, sich um alle Gebiete der sozialen Fürsorge zu kümmern. Mit der Abwanderung der wohlhabenden Mittelschichten in die Vororte wächst die Zahl der Wohlfahrts-

empfänger in den Großstädten absolut und relativ. New York hat gegenwärtig 1,2 Millionen Wohlfahrtsempfänger, bei einem Wohlfahrtsetat von 1,5 Milliarden Dollar. In den letzten Jahren mehren sich die Bestrebungen, das Fürsorgewesen ganz oder teilweise der Bundesregierung zu übertragen, etwa in der Form eines garantierten Mindesteinkommens. Nixon wird schwerlich so weit gehen; aber Moynihan denkt offenbar an die Einführung einer aus den Sozialabgaben oder allgemeinen Steuermitteln finanzierten Kinderzulage nach europäischem oder kanadischem Muster. Auch auf dem Gebiet der ärztlichen Betreuung für Minderbemittelte — nur die über 65jährigen sind von der staatlichen Krankenversicherung erfaßt — wird sich die Bundesregierung zum Eingreifen gezwungen sehen, weil deren Kosten die finanziellen Kräfte der Einzelstaaten und Gemeinden übersteigen. Daneben wird man von Nixon eine Reorganisation der zahlreichen und sich teilweise überschneidenden Ämter zur Armutsbekämpfung erwarten können, verbunden mit einer Beschneidung der dafür vorgesehenen Mittel.

Die Gewerkschaften werden unter Nixon einen schwierigeren Stand haben. Er hat an sie keinerlei politische Schulden abzuzahlen, im Gegenteil, und es wird der Gewerkschaftsführung der bisherige freie Zugang zu vielen Regierungsgremien fehlen. Zwar gilt, wie erwähnt, der Arbeitsminister persönlich als fair; aber die Regierung als Ganzes wird mehr auf die Ideen des Unternehmertums hören und die deflationäre Wirtschaftspolitik schließt notwendigerweise eine Bremsung der Lohnerhöhungen ein. Zudem ist die öffentliche Meinung in den letzten Jahren durch verschiedene Streiks in öffentlichen oder halböffentlichen Gewerbebezügen irritiert worden: im Unterrichtswesen, bei den Transport- und Verkehrsmitteln, bei der Heizölbeförderung, im Krankenhauswesen usw. Aus all diesen Gründen werden sich die Gewerkschaften in der nächsten Zeit in der Defensive finden und lediglich an die Erhaltung, nicht an den Ausbau ihrer Position denken können.

Der stärkste Bruch mit der Praxis der letzten acht Jahre ist aber auf einem anderen Gebiet zu erwarten, nämlich auf dem der Justiz. Die Justizminister der vergangenen Jahre — *Robert Kennedy, Nicholas Katzenbach, Ramsey Clark* — zeichneten sich aus durch ihre humanitäre Gesinnung, durch ihre energische Durchsetzung der „*civil rights*“ und Respekt vor „*civil liberties*“. Auch förderten sie den Ausbau der Rechtshilfe für Unbemittelte, ohne die die Gleichheit vor dem Gesetz nur eine Fiktion ist. *John Mitchell*, der neue Justizminister, hat bereits klargemacht, daß für ihn die Wahrung von Gesetz und Ordnung vor der Rücksicht auf bürgerliche Rechte kommt. Die Praxis des „*wiretapping*“ (Abhören von Gesprächen) soll erweitert werden, man spricht von der Möglichkeit der Vorbeugehaft für angeklagte rückfällige Verbrecher. Mitchell hat sich für die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen — die Bewegung zu ihrer Abschaffung hatte in den letzten Jahren solche Fortschritte gemacht, daß 1968 zum ersten Mal keine Hinrichtung vorgenommen wurde. Nixon verdankt seine Kandidatur und seinen Wahlsieg wesentlich den Politikern der Südstaaten; sie erwarten von ihm eine weniger energische Durchsetzung der *Civil Rights*-Gesetze. Im übrigen setzt die Haltung des Justizministeriums und der von ihm dirigierten Staatsanwälte vielfach den Ton auch für die Justizbeamten der Einzelstaaten. Die Praxis des Justizministeriums beeinflußt mittelbar und unmittelbar viele Aspekte des öffentlichen und privaten Lebens: Die Sicherheit des exponierten Negerführers im Süden etwa, oder die Praxis der Polizeiorgane im Norden.

Von besonderer Bedeutung ist natürlich die Besetzung der Bundesgerichte und vor allem des Übersten Gerichtshofs, Als Eisenhower's größtes Verdienst — er selber betrachtet es freilich als einen Fehler — erwies sich die Ernennung von *Earl Warren* zum *Chief Justice* und damit die Einleitung einer ausgesprochen liberalen Periode in der Auslegung der Gesetze. Nixon wird Gelegenheit haben, noch in diesem Jahr einen neuen

Obersten Richter und in den nächsten Jahren mindestens zwei weitere Richter zum *Supreme Court* zu ernennen. Damit kann er die liberale Mehrheit des Gerichts u. U. auf Jahre hinaus umstoßen. Es wäre überraschend, wenn er von dieser Gelegenheit nicht Gebrauch machen würde.

V

Nixon wurde von einer Minderheit von wenig mehr als 43 vH der abgegebenen Stimmen in sein Amt berufen. Er ist dieser Minderheit bis zu einem gewissen Grad verpflichtet, weiß aber auch, daß er der andern Hälfte der Wählerschaft Rechnung tragen muß. Wie selten vorher, ist das Gleichgewicht der amerikanischen Gesellschaft unter dem kumulativen Druck des Vietnamkriegs, der Negerrebellion und des Radikalismus unter der studentischen Jugend erschüttert. Trotzdem ist man allgemein auch unter seinen Gegnern geneigt, ihm zwar mit Skepsis, aber auch mit gutem Willen zu begegnen. Niemand erwartet große Neuerungen von ihm. Aber mit Geschick und ernstem Willen gelingt es ihm vielleicht, Wunden zu heilen und Brücken zu schlagen. Der positivste Passus in seiner Antrittsrede war vielleicht die Stelle, wo er darum bittet, nicht zu schreien, sondern leiser zu sprechen, damit man einander verstehe.